



**Wann
wird
Greth
Schell
gleichgestellt?**

Nationalratswahlen am 22. Oktober: Liste 6 einwerfen

Sybilla Schmid, Dani Brunner, Josef Lang

Die schwarze Liste

Hitz Martha	CVP	Baar
Langenegger Käthi	CVP	Baar
Dahinden Carla	CVP	Risch
Hodel Andrea	FdP	Zug
Arnold Jost	CVP	Baar
Villiger Beat	CVP	Baar
Dossenbach Philipp	CVP	Baar
Übelhart Max	CVP	Baar
Baggenstos Jakob	CVP	Cham
Bernet Willy	CVP	Cham
Werder Bruno	CVP	Cham
Eicher Ueli	CVP	Hünenberg
Suter Louis	CVP	Hünenberg
Hegglin Peter	CVP	Menzingen
Studerus Konrad	CVP	Menzingen
Weber Beat	CVP	Menzingen
Jossen Beat	CVP	Neuheim
Barmettler Richard	CVP	Oberägeri
Meyer Marcel	CVP	Oberägeri
Clerc Jacques	CVP	Risch
Tschofen Bruno	CVP	Steinhausen
Rust Peter	CVP	Walchwil
Bussmann Beat	CVP	Zug
Moos Xaver	CVP	Zug
Grüter Heinz	FdP	Baar
Gysi Markus	FdP	Baar
Hotz Andreas	FdP	Baar
Zeberg Josef	FdP	Baar
Arzethauser René	FdP	Cham
Wirth Ueli	FdP	Hünenberg
Zürcher Gottfried	FDP	Menzingen
Grond Werner	FDP	Neuheim
Iten Ueli	FDP	Oberägeri
Nussbaumer Maurus	FDP	Oberägeri
Berchtold Klaus	FDP	Risch
Ohnsorg Leo	FDP	Steinhausen
Tännler Heinz	FDP	Steinhausen
Iten Werner	FDP	Unterägeri
Wetter Peter	FDP	Walchwil
Abicht Hans	FDP	Zug
Döbeli Martin	FDP	Zug
Friigo Markus	FDP	Zug
Moos Ernst	FDP	Zug
Straub Christoph	FDP	Zug
Langenegger Benedikt	SVP	Baar
Steinmann Hans	SVP	Baar
Flachsmann Jean-Paul	SVP	Zug

Abwesend

Rossi Rosemarie	SP	Cham
Wismer Willi	CVP	Risch
Arnet Herbert	CVP	Cham
Toni Gügler	CVP	Zug
Schlumpf Hanspeter	FDP	Steinhausen

Die Liste der NeinsagerInnen bei der Abstimmung zum Eintreten auf die Weiterführung des Gleichstellungsbüros am 31. August (sortiert nach Geschlecht, Partei und Herkunftsgemeinde).

Inhaltsverzeichnis

Gleichstellung von Frau und mann	
«Die grosse Wut»; Interview	Seite 4
Kantonsrat	
Otto Stichs Pfeife	Seite 9
Zwei neue Initiativen	
Weniger Militär, mehr Demokratie	Seite 12
Frontal	Seite 13
Kantonsrats-Hearing	
Auf nach Bern	Seite 14
Stucky und Hess	
Georg, Peter und die Versuchungen der Macht	Seite 16
Regierungsrat	
Porsche, Mafia and TV	Seite 20
Seeuferplanung Zug	
Abspecken, aber wie?	Seite 22
Veranstaltungskalender	Seite 24

Impressum

SGA-Bulletin Nr. 3/95, September 1995; erscheint viermal jährlich
Herausgeber: Förderverein pro SGA-Bulletin
Adresse: SGA-Bulletin, Postfach 829, 6301 Zug; Telefon: 21 86 33
Redaktion: Margit Gigerl, Reto Hunziker, Daniela Meyer, Martin Stuber, Thomas Ulrich, Brigitte Weiss
Belichtung und Druck: Victor Hotz AG, Steinhausen
Auflage: 1300
Abonnements: Fr. 20.-; Mitgliederbeitrag Förderverein: Fr. 100.-
Redaktionsschluss Nr. 4/95: Montag, 20. November; Erscheinungsdatum: Montag, 4. Dezember

Ein Schritt vorwärts – zwei Schritte zurück?

Die Listenzusammensetzungen für die Nationalratswahlen im Kanton Zug zeigen, dass ausser der SVP keine Partei darauf verzichten möchte, mit einer Kandidatin ins Rennen um den dritten Sitz zu steigen. Vor vier und vor acht Jahren sah das noch ganz anders aus. 1987 trat die SGA mit einer Frauenliste mit Madeleine Landolt und Sybilla Schmid an, und die SP stellte mit Elsbeth Steiner Müller eine weitere Kandidatin. Die bürgerlichen Parteien begnügten sich mit der Präsentation ihrer beiden bisherigen Männer, Georg Stucky und Peter Hess, obwohl noch ein zweiter Platz auf der CVP- und auf der FDP-Liste frei gewesen wäre. 1991 wollten die linken Frauen nicht kandidieren, und so kam es zu reinen Männerlisten, sowohl bei SGA und SP wie auch bei FDP und CVP. Eine eigens für die Wahlen gegründete Gruppe «Frauen nach Bern» portierte Marie-Theres Annen. Sie war in diesem Zuger Wahlherbst die einzige Kandidatin weit und breit und verbuchte zumindest einen Achtungserfolg. Der mit Peter Hess kandidierende CVP-Kandidat Peter Bieri hat es inzwischen zum Ständerat gebracht, während der damalige FDP-Kandidat Rolf Schweiger wegen der Sesselkleberei von Georg Stucky dieses Mal nicht antritt. Soviel zur jüngsten Vergangenheit.

1995 gibt es Auswahl unter Frauen. Die Kandidatinnen sind keine Unbekannten. Edith Hotz kandidiert für die CVP. Als ehemalige Präsidentin der Frauen-



zentrale ist sie bei vielen Frauen bekannt. Susi Kuhn sitzt für die FDP bereits zum dritten Mal im Gemeinderat von Cham. Elsbeth Müller ist seit fünf Jahren SP-Gemeinderätin in der Stadt Zug, zurzeit präsidiert sie das städtische Parlament. Susanna Fassbind (ehemals FDP) hat sich letztes Jahr als wilde Regierungs- und Ständeratskandidatin profiliert. Marie-Theres Annen kandidierte, wie erwähnt, bereits vor vier Jahren für dieses Amt. Und ich vertrete die SGA seit fünf Jahren im Kantonsrat und in der Staatswirtschaftskommission. Sechs Kandidatinnen und drei Sitze stehen zur Disposition. Eigentlich müsste es klappen mit einem Frauensitz. Doch die bürgerlichen Frauen haben einen schweren Stand gegen die beiden Bisherigen. Und auch die übrigen Frauen haben grosse Männerkonkurrenz in den eigenen Reihen – ausser Susanna Fassbind und Marie-Theres Annen. Trotzdem empfinde ich die aktuellen Listenzusammensetzungen als grossen Fortschritt

gegenüber 1987 und erst recht gegenüber 1991.

Leider spielt sich das Ganze vor dem Hintergrund eines Rollback in der Frage der Gleichstellung von Mann und Frau ab. Das Büro für die Gleichstellung von Mann und Frau im Kanton Zug ist an der Kantonsratssitzung vom 31. August abgeschafft worden. Dieselben Parteien, welche bei den Nationalratswahlen mit weiblichen Kandidaturen auf zusätzliche Frauenstimmen aus sind, tragen dafür die Verantwortung. Aber ein Trost bleibt: Die meisten CVP- und FDP-Kantonsrätinnen waren für die Weiterführung des Gleichstellungsbüros und haben sich dafür engagiert, mutig und kompetent eingesetzt. Sie wurden von den meisten ihrer männlichen Kollegen im Stich gelassen. Die wenigen Männer aus der CVP- und FDP-Fraktion, die sich für das Gleichstellungsbüro ausgesprochen haben, taten das mit viel Überzeugung und auch Herz. Ich habe grosse Achtung vor diesen Minderheiten.

Der Triumph der Kantonsratsmehrheit am 31. August könnte sich leicht als Pyrrhussieg herausstellen. Ich nehme starke Anzeichen eines Frühlingserwachens der auf ihrer Gleichstellung beharrenden Frauen war. Das eidgenössische Gleichstellungsgesetz gilt es jetzt praktisch umzusetzen, trotz des gewerblichen Widerstands. Dazu brauchen wir unter anderem möglichst bald wieder ein Gleichstellungsbüro.

■ Sybilla Schmid

«Die grosse Wut»

Die Abschaffung des Gleichstellungsbüros durch den Zuger Kantonsrat schafft eine neue Situation. Das SGA-Bulletin hat vier betroffene und engagierte Frauen zum Round-table-Gespräch eingeladen, von dem wir nachstehend Ausschnitte abdrucken. Es diskutierten:

Ursula Baggenstos-Trottmann, 50, Hünenberg, verheiratet, drei erwachsene Kinder, Hausfrau, Kantonsrätin CVP,

Claudia Fugazza Wenger, 42, Cham, verheiratet, Berufsberaterin, Präsidentin der beratenden Fachkommission des Gleichstellungsbüros,

Ursi Luginbühl-Wassmer, 47, Cham, verheiratet, zwei Kinder, Hausfrau und Umweltberaterin, Kantonsrätin FDP,

Arlene Wyttenbach, 38, Zug, ledig, Bibliothekarin, Kantonsrätin Alternative Fraktion.

Gesprächsleitung* Martin Stuber

Bulletin: *Wie fühlt Ihr Euch nach dem 31. August?*

Claudia Fugazza: Obwohl ich das Resultat erwartet hatte, löste der Entscheid in mir doch ungläubiges Kopfschütteln aus.

Arlene Wyttenbach: Auch ich war nicht überrascht, aber dass wir durch die Debatte keine einzige Stimme mehr gewinnen konnten – unglaublich! Die grosse Wut steigt jetzt langsam auf.

Ursi Luginbühl: Ich war vorher schon wütend, habe aber dank fünf Wochen Ferien etwas Abstand gewinnen können. Erstaunt hat mich, dass trotz unserer guten Voten niemand überzeugt werden konnte.

Ursula Baggenstos: Im Kopf war mir der Ausgang schon klar,

aber im Bauch war doch noch ein Kribbeln – und das war dann die grosse Enttäuschung für mich: Die Meinungen waren schon gemacht, die Diskussion im Rat bewirkte nichts. Es wurde gar nicht richtig zugehört. Es müsste grundsätzlicher über den Begriff Gleichstellung diskutiert werden, denn die meisten sind sich gar nicht bewusst, was das bedeutet.

Fugazza: Es fehlt offenbar die Bereitschaft, sich ernsthaft mit tiefergehenden gesellschaftlichen Problemen auseinanderzusetzen.

Bulletin: *Eine der Kernaussagen von Kommissionspräsident Frigo war, dass wir nicht weit von der tatsächlichen Gleichstellung entfernt seien.*

Baggenstos: Eben, der Begriff Gleichstellung scheint nicht klar zu sein! Das Gleiche fällt mir auf, wenn Gewerbler sagen, sie lebten gleichberechtigt, denn ihre Frauen wären nicht motiviert, im Geschäft mitzuarbeiten, wenn sie keine gleichberechtigte Partnerschaft hätten. Mitarbeiten dürfen und über das Geld



Ursula Baggenstos: «Wenn uns immer gesagt wird, wie schön und wertvoll Frauenarbeit, Familienarbeit, Hausarbeit, Betreuungsarbeit ist, wieso machen es diese Männer denn nicht selber?» ■ Bilder Bulletin

mitverfügen: das ist doch noch nicht die Gleichstellung!

Luginbühl: Was mich erzürnt, ist die Tatsache, dass der KR gar nicht auf die Vorlage eingetreten ist. Das kommt der Verweigerung einer ernsthaften Diskussion gleich und lässt keinen Spielraum für Kompromisse.

Wyttenbach: Für mich heisst Nichteintreten, dass der Wille zur echten Gleichstellung fehlt. Dazu passt, dass die GegnerInnen des Büros gar keine gleichwertigen Alternativen aufgezeigt haben.

Baggenstos: Das Thema ist keine Diskussion wert, man will es vom Tisch haben. Ich empfinde das als verletzend, immerhin ist die Gleichstellung ein Anliegen für mindestens die Hälfte der Menschheit.

Bulletin: *Auch im ablehnenden Mehrheitsbericht wird fast nicht argumentiert, einige wenige «Argumente» lieferte Frigo erst in der Debatte.*

Wyttenbach: Sie wollten keine Diskussion in der Öffentlichkeit.

Luginbühl: Ja – in der Kommission ist genau in dem Moment der Antrag auf Nichteintreten gestellt worden, als eigentlich die inhaltliche, detaillierte Diskussion angefangen hätte. Erst nach dem Nichteintreten wurde dann quasi als Zückerchen noch die Frauenzentrale oder die Weiterführung der Fachkommission ins Spiel gebracht.

Fugazza: Dabei wurde die Funktion einer Fachkommission doch schon 1987 diskutiert. Überhaupt: die ganze Diskussion über das Wie und Wo eines Gleichstellungsbüros wurde in den letzten Jahren schon diverse Male durchexer-

ziert; es sollte langsam klar sein, dass die sogenannten Alternativen zum Gleichstellungsbüro wenig taugen. Letztendlich geht es ja um Gerechtigkeit, Gleichstellung heisst auch Gerechtigkeit.

Bulletin: *Hinter Diskussionsverweigerung steht ja meist auch Angst. Woher kommt denn diese Angst?*

Luginbühl: Veränderungen, eine Abgabe von Macht, das bedeutet immer Ungewissheit.

Wytenbach: Diese Männer verhalten sich aber doch widersprüchlich: einerseits erzeugt der Anspruch, die Aufgabenteilung zu ändern, eine Abwehrhaltung, andererseits sind es dieselben Männer, welche betonen, wie schön und wichtig doch die Aufgaben der Frauen sind – Sachen für das Herz.

Baggenstos: Es ist tatsächlich schizophren: wenn uns immer gesagt wird, wie schön und wertvoll Frauenarbeit, Familienarbeit, Hausarbeit, Betreuungsarbeit ist, wieso machen es diese Männer denn nicht selber? Warum tun sie sich so schwer damit, wenn es doch so wertvoll ist? Diese Schizophrenie habe ich auch erlebt, als wir zehn Jahre lang einen Landgasthof geführt haben: Die gleichen Leute, die betont haben, wie sehr die Frau doch an den Herd gehöre, haben im Gasthof keine Geduld gezeigt, wenn ich wegen Betreuungsaufgaben vielleicht einmal nicht anwesend war. Im Prinzip gehört die Frau heim an den Herd, aber wenn es ums Geschäft geht, dann ist plötzlich die bedingungslose Präsenz der Frau gefragt, dann spielt die Vernachlässigung der Kinder plötzlich keine Rolle mehr.

Fugazza: Das ist eben die Doppelmoral.

Baggenstos: Ich konnte mir den Beruf ja auch nicht auswählen; mein Mann hat den Gasthof übernommen, und ich bin ihm gefolgt. Meistens folgt ja die Frau dem beruflichen Werdegang ihres Mannes.

Bulletin: *Ein anderer Punkt: Frigo erwähnte in seinem Votum, dass grössere Erfolge für das Büro möglich gewesen wären, wenn sich die Verwaltung hinter das Büro gestellt hätte. Nun ist ja der staatliche Verwaltungsapparat immer noch sehr stark hierarchisiert. Geht es hier nicht schlicht um Macht?*

Fugazza: Ja. Hier muss ich eine selbstkritische Anmerkung machen. Wir haben am Anfang unterschätzt, wie hochpolitisch die Tätigkeit des Büros ist. Ich dachte zuerst, es gehe um die Sache, aber es ging schliesslich immer v.a. um Politik. Ich stelle mir die Frage, was wir anders machen müssten, wenn wir nochmals



Claudia Fugazza: «Wir haben am Anfang unterschätzt, wie hochpolitisch die Tätigkeit des Büros ist.»

anfangen könnten.

Auf der Sachebene allerdings sehe ich keine Änderungen, da ist meines Erachtens wirklich gute Arbeit geleistet worden. Es fällt ja auch auf, dass drei Jahre lang das Büro praktisch nicht kritisiert worden ist.

Wytenbach: Die Regierung respektive der zuständige Regierungs-

rat Iten hat das Büro natürlich auch machen lassen, weil sie selber gar keine Ideen hatten, was denn die Aufgaben sind. Das war bequem, es gab diese initiativen Frauen, und die liess man zuerst mal eine Zeitlang wirken.

Luginbühl: Ich glaube, das war auch eine taktische Sache. Irgendwo, irgendwann wurde realisiert, dass dieses Büro nach vier Jahren wieder bestätigt werden musste, und es fiel ein Entschluss, dann das Büro zu beerdigen. Da wurde auch in den bürgerlichen Parteien über die Parteigrenzen hinweg zusammengearbeitet. Es wurde überall gezielt Stimmung gemacht, und die Sache war eigentlich schon gelaufen, als die Vorlage dann schliesslich kam.

Wytenbach: Das würde auch erklären, wieso gar nicht diskutiert worden ist. Der Entscheid stand schon lange fest. Für mich zentral ist noch eine andere, generelle Erfahrung: Ich bin nun schon seit Jahrzehnten aktiv für Frauenanliegen und erlebe immer wieder das gleiche Muster: Sobald es um die Neuverteilung von Macht und Einfluss geht, ist es ein Kampf, da bewegt sich nichts von alleine, und es gibt massiven Widerstand.

Fugazza: Meine Frage an die bürgerlichen Frauen: was hätte – als flankierende Massnahmen – anders gemacht werden sollen?

Baggenstos: Die Akzeptanz wäre besser gewesen, wenn beide Geschlechter im Büro vertreten gewesen wären. Und wichtig: die Leute des Büros dürfen nicht parteipolitisch aktiv sein, das war den Bürgerlichen ein grosser Dorn im Auge.

Luginbühl: Es müssen viel mehr Leute eingebunden werden. Die Arbeit darf nicht dem Büro alleine

überlassen werden. Es muss nach aussen auch «leiser» vorgegangen werden. Wir merken das manchmal in der Frauenzentrale, wo nach aussen contre cœur Zurückhaltung nötig ist, um bei allen Frauen – und dann noch bei den Männern – eine gewisse Akzeptanz zu erreichen.

Bulletin: *Ist es denn realistisch, alle Frauen hinter eine Forderung zu bringen?*

Luginbühl: Nein, nicht alle, aber wir müssen alle Segmente der Gesellschaft ansprechen. In der Verwaltung müssen wir halt auch mal Machtpositionen mit einbinden.

Baggenstos: Das Büro ist gegen Schluss sehr stark personifiziert worden. Es ist aber wichtig, dass viele verschiedene Leute in die Arbeit einbezogen sind, um die Abwehrreflexe von vornherein abzufangen.

Wyttbach: Die Personifizierung ist doch von den Gegnern «produziert» worden, um so einfacher gegen das Büro Stimmung machen zu können! Das Büro hatte eine Querschnittaufgabe innerhalb der Verwaltung und wurde von der Regierung in seiner Arbeit gegenüber einzelnen Direktionen überhaupt nicht unterstützt, weil der entsprechende Direktionsvorsteher gegen das Büro war (im Regierungsrat pasierte das Büro ja damals nur mit einer knappen Mehrheit). Ohne Rückendeckung von oben und konfrontiert mit teilweise beträchtlichem passivem Widerstand innerhalb einzelner Direktionen, ist klar, dass irgendwann halt auch vom Büro her der Ton hie und da etwas geändert hat und frau nicht mehr so nett war.

Niemand hat übrigens je bestritten, dass das Büro kompetent besetzt war, und das hat den Gegnern natürlich Mühe bereitet. Ich bin über-

zeugt, dass mit einer anderen selbstbewussten und kompetenten Person das Büro genauso angeeckt wäre, es



Arlene Wyttbach: *«Im Parlament sind wir zurzeit auf verlorenem Posten. Ich bin deshalb der Meinung, dass wir eine Initiative zu dieser Frage starten müssen.»*

wäre genau gleich herausgekommen.

Bulletin: *Stellt Euch vor, das Büro hätte überhaupt keinen Leistungsausweis gehabt, wäre nie gross in Erscheinung getreten. Wäre es dann nochmals vier Jahre weitergeführt worden?*

Luginbühl: Nein! Wir müssen uns auch bewusst sein, was gesamtschweizerisch passiert ist. Das neue Bundesgesetz zur Gleichstellung hat in der Endphase einiges ausgelöst, und zwar v.a. beim Gewerbeverband, der ja am liebsten das Referendum ergriffen hätte, aus finanziellen Gründen dann aber darauf verzichten musste. Daraufhin war die Losung an die Kantone ergangen, auf lokaler Ebene die Gleichstellung zu bodigen. Die Abschaffung des Büros im Kanton Zug ist doch ganz klar eine Erfolgsmeldung an die Zentrale nach Bern!

(Der Präsident des Zuger Gewerbeverbandes, FDP-Kantonsrat Pe-

ter Wetter, stellte in der Kommission den Antrag auf Nichteintreten. Anm. d. Red.)

Bulletin: *Wieso ist denn gerade der Gewerbeverband so militant gegen das Gleichstellungsbüro aufgetreten?*

Luginbühl: Das ist mir auch noch nicht so klar. Eine Rolle spielt vermutlich der verschärfte Existenzkampf für das Gewerbe in den letzten Jahren, mit der Rezession und der wachsenden Konkurrenz von aussen. Die Gewerbler reagieren, indem sie mehr direkten politischen Einfluss suchen. Wir müssen uns vielleicht die Zusammensetzung des Parlamentes einmal näher anschauen.

Baggenstos: Das spürt man bei den Submissionen sehr deutlich!

Wyttbach: Die Gleichstellung kostet natürlich auch etwas: Geld, wenn es um gleichen Lohn geht, oder zusätzliche Anstrengungen, wenn es z.B. darum geht, eine Lehrtochter statt einen Lehrling einzustellen. In einer wirtschaftlich schwierigeren Phase stösst das beim Gewerbe auf grösseren Widerstand.

Luginbühl: Gleichstellung im Gewerbebetrieb heisst unter anderem, dass beide Partner Lohnempfänger sind, AHV-pflichtig usw. Das bedeutet zusätzliche Kosten! Bei den Bauern stellt sich das gleiche Problem. Die Existenzangst spielt eine wichtige Rolle.

Fugazza: Zur Zusammensetzung des Parlamentes: Ich habe bis zu dieser Kantonsratssitzung vom 31. August nicht wahrgenommen, dass vier Fünftel des Rates bürgerlich sind! Bei Volksabstimmungen ist es ja oft eins zu zwei oder besser. Klar, es ging bei dieser Frage quer

durch alle Parteien, aber es waren die linksalternativen Kräfte, die voll hinter dem Büro standen, und nur eine kleine Minderheit bei CVP und FDP.

Bulletin: *Was ich mich frage: was hat sich verändert gegenüber vor vier Jahren, als das Büro noch mit 48 zu 23 Stimmen beschlossen wurde?*

Baggenstos: Es hat nicht nur mit den Wahlen vom letzten Jahr zu tun, denn jetzt haben KantonsrätInnen, die vor vier Jahren noch dafür waren, das Büro vehement bekämpft.

Luginbühl: Diese Veränderung der Zusammensetzung ist von Bedeutung. Ich habe das Gefühl, dass mit den wirtschaftlichen Problemen gerade bei einem Teil des Gewerbes das Interesse dieser Kreise an Positionen im Parlament wieder grösser geworden ist. Demgegenüber ist die Industrie schwach vertreten.

Was die Wahl von Frauen bei den bürgerlichen Parteien betrifft, kann ich nur aus der Erfahrung von Cham sagen, dass wir neben den bisherigen zwei neue Frauen durchbringen konnten – dank den Zusatzstimmen auf KriFo- und SP-Listen, was die höhere Streichquote auf der eigenen Liste mehr als kompensiert hat.

Fugazza: Wir haben ursprünglich vom Gleichstellungsbüro aus zusammen mit VertreterInnen aus allen Parteien diese Wahlen aus Frauensicht analysieren wollen. Das wurde dann von oben gestoppt, die nötigen Gelder wurden nicht freigegeben.

Bulletin: *Gibt es auf dem Hintergrund des verschärften wirtschaftlichen Kampfes ein Rollback bei Frauenanliegen?*

Luginbühl: Ich denke, dass bei den Generationen, welche jetzt an

den Schalthebeln sitzen, eine Sättigung erreicht ist. Es hat sich in den letzten zehn bis zwanzig Jahren im Verhältnis zwischen den Geschlechtern viel getan, und manchmal scheint mir, dass für den Moment da eine Grenze erreicht ist. Die Veränderungen müssen sich in den Köpfen der Männer – und der Frauen – zu-



Ursi Luginbühl: **«Die Zusammenarbeit über die Parteigrenzen hinweg hat in dieser Frage bisher sehr gut geklappt, das sollten wir weiterführen.»**

erst wieder setzen. Ansetzen müssen wir jetzt unter anderem bei den jüngeren Generationen. Aber die Abschaffung des Büros ist ein Rückschlag, ganz klar.

Baggenstos: Ein ansehnlicher Teil der Männer hat in den letzten Jahren und Jahrzehnten tatsächlich eine gewaltige Veränderung hinter sich gebracht. Ich sehe das ja in meiner Umgebung. Jegliche gesellschaftliche Veränderung braucht Generationen.

Wyttbach: Es gibt auch ein Rollback. Die Frauen sind weit überproportional betroffen von den Folgen der Rezession mit Stellenabbau und Rückgang von Teilzeitstellen. Viele Frauen gehen nicht stempeln, solange der Mann noch verdient.

Bulletin: *Ist es überhaupt die Aufgabe des Staates, die Gleichstellung zu fördern?*

Fugazza: Wessen Aufgabe denn sonst, wenn nicht des Staates? Es geht um die Gerechtigkeit, und der Staat muss hier eine Schrittmachrolle spielen, genauso wie bei der Bildung, die mit der Gleichstellung sehr eng verhängt ist.

Baggenstos: Es gibt die verschiedensten Kampagnen, die der Staat führt und die selbstverständlich sind: AIDS, Drogen, Verkehrssicherheit. Erfolgreiche Kampagnen notabene! Weshalb denn nicht auch bei der Gleichstellung?

Luginbühl: Gerade das ist doch ein gesunder Staat, der in positivem Sinne auf die Gesellschaft einwirkt. Im übrigen ist der Staat einer der grössten Arbeitgeber im Kanton – und auch im Bund. Hier kann und muss er Vorreiter spielen.

Wyttbach: Der Staat und die Gesellschaft gehören zusammen, das kann doch gar nicht getrennt werden. Das war wohl das schwächste «Argument» der GegnerInnen.

Bulletin: *Wie geht es jetzt weiter?*

Baggenstos: Meine Erfahrung als Neue in der Fraktion war, dass Insider-Informationen mich nicht erreichen. Es gibt Kreise, die sehr eng zusammenarbeiten. Wir Frauen müssen das untereinander auch tun, wir müssen uns auch verbünden.

Luginbühl: Ich habe mich als Neue mit einer anderen neuen Kantonsrätin zusammengetan. Alleine erreichst Du nichts.

Wyttbach: Interessant ist die Tatsache, dass bei diesem Geschäft auch einige Männer in der CVP und

CVP, FDP und die Gleichstellung

Dass der Kantonsratsbeschluss zum Gleichstellungsbüro die Stunde der Wahrheit mindestens für Frauenanliegen ist, hat immerhin die CVP Schweiz gemerkt. In einem Brief an den «Sehr geehrten Herrn Fraktionspräsidenten» weist der Generalsekretär Loretan darauf hin, dass im CVP-Schwerpunktprogramm vom 28. Mai 94 folgender Grundsatz steht: «Die CVP setzt sich in allen Bereichen und auf allen Stufen für die Verwirklichung der Gleichstellung und der Chancengleichheit für Frauen und Männer ein. Denn erst die Gleichstellung bei den Rechten bildet die Voraussetzung für die

Gleichstellung bei den Pflichten.» Und weiter: «Eines der erklärten **Ziele der CVP-Fraktion für die Legislaturperiode 1995–2000** ist der Kampf für das Prinzip: zuerst gleiche Rechte, dann erst gleiche Pflichten.» Das sieht die Mehrheit der Zuger CVP offenbar genau umgekehrt!

Erhellend ist auch der Umgang des Herrn Fraktionspräsidenten (des Chamers Herbert Arnet) mit diesem Brief: Dieser wurde an der Fraktionssitzung der CVP **nach** gewalteter Diskussion und Abstimmung über das Gleichstellungsbüro vorgelesen...

Die Zitierung des FDP-Parteiprogrammes ersparen wir uns. Interessanter ist folgendes: um das Gleichstellungsbüro wurde auch in der Regierung heftig gerungen. Es ist kein Geheimnis, dass der 5 zu 2 Entscheid für die Vorlage eine Zangengeburt war. Rechnen wir mal: Uster, Birchle,; Bossard, aus dessen Departement die Vorlage ja kam; als gesichert gilt auch die Zustimmung durch zwei CVP-Regierungsräte. Will heissen: Frau Regierungsrätin Schwerzmann (FDP) stimmte gegen die Weiterführung des Büros. Der FDP-Mann für, die FDP-Frau gegen das Gleichstellungsbüro: verkehrte Welt...

■ *Martin Stuber*



FDP engagiert unsere Sache vertreten haben. Wir sollten uns in dieser Frage auch mit ihnen zusammentun. Gleichstellung ist nicht nur eine Frauenfrage, sondern eine Lebensfrage, die schlussendlich die ganze Menschheit betrifft.

Im Parlament sind wir zurzeit auf verlorenem Posten. Ich bin deshalb der Meinung, dass wir eine Initiative zu dieser Frage starten müssen. Für mich ist nicht zum vorneherein klar,

dass die Mehrheit im Parlament einer Mehrheit in der Bevölkerung entspricht.

Fugazza: Ein Handicap des Gleichstellungsbüros war und ist, dass der Erklärungsbedarf für dessen Tätigkeit relativ gross ist, weil es eine Querschnittaufgabe hat und weil viele Tätigkeiten auch ausserhalb der öffentlichen Wahrnehmung liegen.

Ein heikles Thema ist auch der direktionsübergreifende Status des Büros. Die einzelnen Direktionen lassen sich nicht gerne von aussen her auf die Finger schauen.

Wytenbach: Wir müssen die Gleichstellungsfrage etwas vom Büro wegbringen. Die gleichen Pflichten haben wir – wir wollen auch die Gleichstellung, das ist für mich die Losung. Im Parlament müssen wir bei den Vorlagen gewisse Aufgaben des Büros nun selber übernehmen.

Luginbühl: Die Zusammenarbeit über die Parteigrenzen hinweg hat in dieser Frage bisher sehr gut geklappt, das sollten wir weiterführen. □

* Das Round-table-Gespräch fand am 4. September statt.

Otto Stichs Pfeife

Die wichtigste Auseinandersetzung war die Frage der Weiterführung des Gleichstellungsbüros. Der folgende Artikel kommentiert die Kantonsratsitzungen vor den Sommerferien; die Diskussion ums Gleichstellungsbüro ist auf den vorhergehenden Seiten abgehandelt.

Sybilla Schmid

Ich blende zurück zur Sitzung vom 1. Juni. Der Rat erklärte die Motion der Staatswirtschaftskommission (Stawiko) betreffend koordinierte Weiterbearbeitung der Stadtumfahrungsprojekte einstimmig erheblich und beschloss deren sofortige Behandlung. Ausgelöst wurde dieser Vorstoss durch den Beschluss des Grossen Gemeinderats Zug, unabhängig vom Kanton neue Planungsstudien bezüglich Stadtumfahrung zu machen.

An dieser Sitzung wurde die vorberatende Kommission zum umstrittenen Geschäft «Gleichstellungsbüro» gewählt. Die bürgerliche Vertretung liess Böses ahnen. Obwohl 8 von 15 Mitgliedern weiblichen Geschlechts waren, entpuppten sich drei Frauen als Bürogegnerinnen: Martha Hitz (CVP), Käthi Längnegger (CVP) und Andrea Hodel (FDP). Willi Wismer (CVP), dem einzigen Mann in der Kommission, der die Weiterführung des Büros unterstützte, sei hier ein Kränzlein geworden.

Viel zu reden gab an dieser Sitzung die Kernentlastung von Baar. Die Strassenbaukommission hatte dieses Geschäft etwas leichtfertig behandelt, war es doch der Stawiko auferlegt, sich vom Gemeinderat Baar über die Anschlussmassnahmen der Gemeinde Baar zur Verkehrsberuhigung Dorfstrasse genauer orientieren zu lassen. Zweifellos wäre das Sache der Fachkommis-

sion gewesen. An der Kantonsratsitzung vertrat Josef Lang (SGA) die Ansicht, dass eine Dorfkernentlastung ohne Riegel zuwenig bringe. Deshalb stellte er einen Rückweiserungsantrag, der mit 57:10 Stimmen abgelehnt wurde. Die SP wollte ihrerseits die Kreditbewilligung unter den Vorbehalt stellen, dass die Gemeinde Baar effektiv verkehrsberuhigende Massnahmen ergreift. Auch dieser Antrag wurde mit 49:16 Stimmen abgelehnt. Die SP konnte mit unseren Stimmen rechnen, umgekehrt war es leider nicht der Fall.

Gutscheine für Pfefferspray

Dass Josef Lang ausgerechnet zu einer Petition der Jungen Christdemokraten befürwortend das Wort ergreifen würde, mochte überraschen, doch das Thema «Die erleichterte Einbürgerung junger Ausländer» forderte dazu heraus. Nur Matthias Michel ergänzte ihm aus der Sicht der Jungliberalen ebenfalls im positiven Sinn.

In der Diskussion über die Motion betreffend Parkplatzbewirtschaftung bei der kantonalen Verwaltung wunderte sich Arlene Wyttenbach (SGA) darüber, dass sich der Regierungsrat bei der Behandlung dieses Geschäfts so viel Zeit gelassen hatte. Erklärend meinte Regierungsrat Paul Twerenbold, dieses Geschäft habe sich als eines seiner unangenehmsten erwiesen.

Die Motion von Konrad Häusler (CVP) betreffend Änderung des Konkordats über den Handel mit

Waffen und Munition bemängelte die Tatsache, dass Frauen immer noch einen Waffenerwerbsschein benötigen, wenn sie einen Pfefferspray zu ihrer Selbstverteidigung kaufen wollen. Arlene Wyttenbach schenkte namens der Alternativen Fraktion allen Kantonsrätinnen einen Gutschein für den Bezug eines Erwerbsscheins für einen Pfefferspray.

Das Thema Waffen war damit noch nicht abgeschlossen. Die von Urs Kern (SGA) vor Jahren eingereichte Motion betreffend Standesinitiative für ein Ausfuhrverbot von Kriegsmaterial kam an dieser Sitzung endlich zur Sprache. Josef Lang verteidigte sie. Erziehungs- und Militärdirektor Walter Suter meinte dazu, dass Jo ja im kommenden Herbst die Gelegenheit habe, sich in den Nationalrat wählen zu lassen, wo er dann dieses Anliegen direkt vertreten könne... Die Motion wurde mit 54:12 Stimmen als nichterheblich abgeschlossen.

Als letzter Vorstoss wurde eine Motion von Christoph Straub (FDP) behandelt. Der Motionär wollte die Betreibung des Röntgeninstituts des Kantonsspitals auf eine private Basis stellen. Hier hatte ich meine Einwände; denn das Prinzip der Privatisierung der Gewinne und der Sozialisierung der Verluste hat in der Gesundheitspolitik nichts verloren. Ausserdem machte ich mir Sorgen über die Umsetzung der Spitalplanung. Was geschieht mit dem Ausbau des Spitals Baar? Ist die AMI-Klinik auf gutem Weg, in die kantonale Spitalliste

gemäss neuem Krankenversicherungsgesetz aufgenommen zu werden? Wenn das geschähe, wäre die Spitalplanung bereits wieder Makulatur. Die Antworten des Sanitätsdirektors überzeugten nicht, weshalb wir als Alternative Fraktion eine Interpellation vorbereiten.

Out für Osteuropa-Hilfe

Am 29. Juni traf sich der Kantonsrat zu einer Doppelsitzung. Meine Motion für eine wirkungsvolle öffentliche Arbeitsvermittlung im Kanton Zug, die hinter den Kulissen bereits einiges an Staub aufgewirbelt hatte, wurde ohne Gegenantrag, doch mit Nebengeräuschen überwiesen. Jo Langs Motion betreffend Zuger Beteiligung an den Jubiläumsfeiern 1998 wurde für einmal oppositionslos überwiesen.

Die Staatsrechnung 1994 gab wie üblich nicht viel zu reden. Dafür wurde die Verwendung des Ertragsüberschusses um so heftiger diskutiert. Die Auslandhilfe war innerhalb der Stawiko zum wiederholten Mal grundsätzlich in Frage gestellt worden. Vor allem wollte die Stawiko-Mehrheit die Osteuropa-Hilfe, die auf eine Motion der Fraktionschefs von 1991 zurückgeht, definitiv als erledigt abschreiben, was ihr schlussendlich an dieser Sitzung entgegen dem Willen der Finanzdirektorin, Ruth Schwerzmann, leider gelang.

Beim Rechenschaftsbericht für das Jahr 1994 ergriff der Walchwiler CVP-Kantonsrat Peter Rust wie üblich die Gelegenheit, unserem Justiz- und Polizeidirektor ein paar knifflige Fragen zu stellen. Dieses Mal ging es um das Befahren von Trottoirs und um den Formulkrieg beim Abschluss eines Mietvertrags. Wie üblich waren die Antworten von Hanspeter Uster souverän und juristisch hieb- und stichfest.

Eine Interpellation von Monika Hutter (SP) betreffend Zukunft der Zuger Lehrerinnen- und Lehrerseminare löste eine längere Diskussion aus, obwohl sich alle VotantInnen einig waren. Auch die Alternative Fraktion begrüsst die Weiterführung der Seminarien, obwohl wir uns keineswegs gegen die Schaffung von pädagogischen Hochschulen wenden. Die Pluralität der Ausbildungswege ist uns aber wichtig. Deshalb haben in der Zwischenzeit alle nicht ferienabwesenden Mitglieder unserer Fraktion eine Motion von Toni Gügler (CVP) mitunterzeichnet, welche den Erziehungsdirektor dazu auffordert, sich entschieden für die Beibehaltung des seminaristischen Weges einzusetzen.

Zugersee-Sanierung und kein Ende

An der Nachmittagssitzung des 29. Juni kam noch einmal die Zugersee-Sanierung aufs Tapet. Auslöser waren zwei Motionen, von Christoph Straub einerseits und Peter Rust andererseits. Der eine forderte eine «echte», der andere eine «naturna-

he» Sanierung. Beide plädierten für see-interne, technische Massnahmen, obwohl ein Gutachten der eidgenössischen Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz (EAWAG) zu einem gegenteiligen Schluss gekommen ist. Die kantonsrätliche Kommission für Wasserbau und Gewässerschutz teilte hingegen die Einschätzung der EAWAG, dass die Durchsetzung der see-externen Massnahmen genügt. Luzia Gassner, die Sprecherin der SP-Fraktion, mahnte zur Geduld. Der See sei während Jahrzehnten verschmutzt worden und brauche daher Zeit für seine Gesundung. Anne Ithen vom Gleis 3, die Sprecherin für die Alternative Fraktion, doppelte nach: «Sie fühlen sich unter Druck, sie sind überarbeitet, übernächtigt. Prompt ziehen Sie sich eine Erkältung zu und kriegen Fieber. Wie reagieren Sie? Sie schlucken eine starke Dosis Antibiotika – oder Sie legen sich ins Bett und kurieren sich aus. Tatsache ist, der Zugersee liegt nicht mit einer Grippe, sondern ernsthaft krank in seinem Becken. Geschluckt hat der See genug. Was er jetzt



«Mit see-externen Massnahmen ist dem Zugersee am besten gedient», dies die Meinung des Kantonsrats. Dazu braucht es aber vermehrte Anstrengungen des Kantons zur Förderung der biologischen Landwirtschaft.

■ Bilder Bulletin

braucht ist keine Prothese, keine Rosskur, auch kein Doping, sondern Zeit zur Erholung, aufmerksame Pflege und Schutz vor jeglicher Form von Stress.» Anne Ithen verlangte, dass dem Vollzug der see-externen Bestimmungen weiterhin grosse Beachtung geschenkt werden müsse. Jean-Paul Flachsmann von der SVP zeigte sich anschliessend irritiert über die sozialdemokratischen und alternativen Voten. Doch die Abstimmung im Kantonsrat erklärte beide Motionen mit 44:22 Stimmen als nichterheblich und gab uns für einmal recht.

Kein Museumsdreieck in der Stadt Zug

An der letzten Sitzung vor den verdienten Sommerferien, am 6. Juli, kamen noch zwei umstrittene Themen zur Sprache: die Nutzung der Gebäude auf der Liegenschaft Hofstrasse und die Zuger Stadtumfahrung. Zum regierungsrätlichen Vorschlag, an der Hofstrasse unter anderem das Museum für Urgeschichte unterzubringen, präsentierte Toni Kleimann von der Frischen Brise einen Gegenvorschlag. Dieses Museum sollte, seiner Vorstellung gemäss, im kantonalen Zeughaus angesiedelt werden. Zusammen mit dem Museum in der Burg und dem Kunstmuseum hätte so ein Museumsdreieck entstehen können. Mit 61:8 Stimmen

Peinlich, peinlich

An der Sitzung vom 31. August lehnte der Kantonsrat die Weiterführung des Gleichstellungsbüros mit 48 zu 27 ab. 5 Ratsmitglieder waren abwesend, und der Kantonsratspräsident stimmt nicht ab. $48+27+5+1=81$.

Des Rätsels Lösung: «nur» 47 stimmten dagegen. Zuerst nicht richtig zuhören, dann noch falsch zählen...



Peter Wetter, FDP Walchwil, eine der treibenden Figuren gegen das Gleichstellungsbüro, am 31. August auf dem Weg in den Kantonsrat.

wurde dieses Ansinnen deutlich verworfen. Auch die Alternative Fraktion stimmte nicht geschlossen für diesen Vorschlag. Ein weiterer Streitpunkt war die Raumzuteilung für das Didaktische Zentrum. Arlene Wyttenbach wehrte sich als Direktbetroffene gegen die nachträgliche Streichung von 90m² Bibliotheksfläche, zugunsten des Vereins für Arbeitsmarktmassnahmen. Die vorberatende Kommission und die Staatswirtschaftskommission hätten ihre Entscheide in Unkenntnis dieser Änderungen getroffen. Ein Antrag von Andreas Bossard (CVP), dieses Geschäft sei an die vorberatende Kommission zurückzuweisen, wurde mit 53:13 Stimmen abgelehnt.

Neue oder alte Erkenntnisse?

Die Interpellationen zur Stadtumfahrung von Arlene Wyttenbach und Armin Jans (SP) wurden vom Regierungsrat, wie versprochen, vor der Sommerpause beantwortet. Arlene zeigte sich erstaunt darüber, dass der Regierungsrat auf eine ihrer Fragen geantwortet hatte, die Zahlen des neuen kantonalen Verkehrs-

modells hätten grundsätzlich keine neuen Erkenntnisse ergeben. Sie widersprach energisch: «Ganz klar zeigen die Zahlen des Verkehrsmodells 1992, dass die Verkehrsprobleme in der Stadt Zug hausgemacht sind. Die grössten Verkehrsprobleme liegen auf der Nord-West-Achse und stellen die bisherige Hauptstossrichtung der Planung, die Umfahrung auf der Nord-Süd-Achse, grundsätzlich in Frage.» Josef Lang unterstützte das Votum von Arlene, auf die Abstimmungsunterlagen von 1990 verweisend. Damals hatte der Baudirektor, Paul Twerenbold, unser Argument, der Durchgangsverkehr durch die Stadt betrage nur 37% des Gesamtverkehrs, noch energisch bestritten. Heute, nachdem das kantonale Verkehrsmodell unsere damalige Behauptung stützt, handelt es sich für ihn dabei nicht mehr um eine neue Erkenntnis. Ob Otto Stich dazu bereit gewesen wäre, 180 Millionen Franken Bundesgelder für ein stadtzuggerisches, hausgemachtes Verkehrsproblem auszugeben, oder ob ihm bei diesem Ansinnen, wie Jo meinte, die Pfeife aus dem Mund gefallen wäre? □

Weniger Militär, mehr Demokratie

Dieser Tage werden die beiden Volksinitiativen für die Halbierung der Militärausgaben und für das konstruktive Referendum lanciert. Josef Lang, der an der Ausarbeitung der beiden Vorstösse mitgearbeitet hat und Mitglied der zwei Initiativkomitees ist, stellt die Volksbegehren vor.

Josef Lang

Im letzten Juni hat die bürgerliche Mehrheit die Volksinitiative für die Halbierung der Militärkosten gegen die Meinung von namhaften Staatsrechtlern für ungültig erklärt. Das Verbindlichmachen der Umverteilung von EMD- zu Sozialausgaben verletze die «Einheit der Materie». Für die verbottene wie auch für die nächstes Jahr zur Abstimmung gelangende Initiative für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr hat die SGA vor vier Jahren das Gros der Zuger Unterschriften gesammelt. Die Waffenexportverbots-Initiative, für die wir vor einem Jahr eine stark beachtete Veranstaltung durchgeführt haben, dürfte in einem Jahr vors Volk gelangen.

Konversion

Die neue Halbierungs-Initiative überlässt dem Parlament den Einsatz der eingesparten Mittel. Dieses wird verpflichtet, einen Drittel für die Friedenspolitik einzusetzen und für die Umstrukturierung von EMD-Arbeitsplätzen einen Konversionsfonds zu öffnen. Der inhaltliche Nachteil gegenüber der ersten Initiative ist der Wegfall der Verbindlichkeit von Sozialausgaben. Eine Verbesserung bedeutet das Aufnehmen der sozialpolitisch brisanten Arbeitsplatzfrage.

Konstruktives Referendum

Die zweite Initiative ist ein illegitimes Kind der 10. AHV-Revision. Diese hatte mit ihren Fortschritten und dem Riesenrückschritt einer Frauen-

rentenaltererhöhung viele Menschen in ein Dilemma gestürzt. Das konstruktive Referendum würde es möglich machen, bloss gegen jenen Teil einer Vorlage das Referendum zu ergreifen, der einem nicht passt. Wäre beispielsweise bei der 10. AHV-Revision von rechts das Referendum gegen den positiven Teil ergriffen worden, hätte eine Zusatzfrage klargestellt, welcher Variante der Vorzug gewährt würde. □

Umverteilungs-Initiative

«Für weniger Militär- und Gesamtverteidigungsausgaben, mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze»

Art 23 BV (neu): Der Bund kürzt schrittweise die Kredite für die Landesverteidigung, bis die Ausgaben für die Landesverteidigung spätestens zehn Jahre nach Annahme auf die Hälfte der Rechnung des Jahres 1987 reduziert sind. (...) Die Bundesversammlung legt alle vier Jahre gesetzlich fest, wie die so eingesparten Mittel zu verwenden sind. Ein Drittel der eingesparten Beiträge wird dabei eingesetzt für zusätzliche internationale Friedenspolitik (...). Der Bund fördert die Umstrukturierung der von der Abrüstung betroffenen Betriebe und Verwaltungen auf zukunftsgerichtete Güter und Dienstleistungsangebote und unterstützt vom Abrüstungsprozess betroffene Beschäftigte und Regionen. Der Bund öffnet zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen einen Konversionsfonds von 1 Milliarde Franken.

Demokratie-Initiative

«Mehr Rechte für das Volk dank dem Referendum mit Gegenvorschlag (Konstruktives Referendum)»

Art. 89ter BV (neu): 50'000 Stimmberechtigte Schweizer Bürgerinnen und Bürger oder acht Kantone können (...) auch eine Abstimmung über einen Gegenentwurf zu einem Bundesgesetz oder zu einem allgemeinverbindlichen Bundesbeschluss verlangen. Eine Abstimmung über einen Gegenentwurf kann verlangt werden, wenn mindestens fünf Prozent der Mitglieder eines Rates dem Gegenentwurf zugestimmt haben. (...) Sind mehrere Gegenentwürfe zu unterbreiten, die sich gegenseitig ausschliessen, werden Eventualabstimmungen durchgeführt.

Aktionstag am 30. September

Am Samstag, dem 30. September, findet ein gesamtschweizerischer Aktionstag für die beiden Volksinitiativen statt. In Zug werden auf dem Metalli-Areal (zwischen Metalli und Neustadt-Center) von 14 bis 16.30 Uhr Unterschriften gesammelt. Wer sich für weniger Militär und mehr Demokratie engagieren will, der melde sich bei Josef Lang (Tel. und Fax: 22 24 70) oder auf dem SGA-Sekretariat (22 13 15)!

So furios der Start der SVP vor ein paar Jahren war, seit den Wahlen im letzten Herbst harzt es zunehmend: immer weniger Leute an den Parteiversammlungen, nachlassendes Interesse der Medien, nirgends weit und breit ein kleiner Zuger Blocher in Sicht und nun noch das Geknorze mit der ursprünglich als Wahlschlager geplanten Drogeninitiative. Weil sie in Zug niemand «Kompetenten» gefunden haben, sind sie auf ausserkantonale Schützenhilfe der Sektierer vom VPM angewiesen. Da geht sogar die interne Einigkeit flöten: SVP-Kantonsrat **Steinmann** jedenfalls distanzierte sich – wenn auch nur im eher privaten Rahmen – vom «Bürgerkomitee für eine verantwortungsvolle Drogenpolitik».



Weniger Berührungängste mit den Zombies von ganz ganz rechts hat da sein Kantonsratskollege **Flachsmann**, der offensichtlich das Thema für die eigenen Parteibelange schonungslos ausschlichten will. Auf einen entsprechenden Vorwurf am Podiumsgespräch vom 31. August im Löwen Zug entgegnete er mit der lupenrein Freudschen Bemerkung, es sei überhaupt nicht wahr, dass die SVP die Initiative aus sachpolitischen Gründen lanciert habe... ääh – aus parteipolitischen Gründen:



Auch aus parteipolitischen Gründen zurückgetreten ist hingegen **Otto Stich**. Gut getimed war Stichs Rücktritt aber auch für die Wahlzeitung der alternativen Nationalratskandidatur, die gerade noch rechtzeitig geändert werden konnte: Darin wäre Dani Brunner nämlich gefragt worden, ober als Nationalrat zwecks Lobbying auch bereit wäre, mit Otto Stich einen Jass zu klopfen. Selbstverständliches Ja! Sollte Stich davon Wind bekommen haben und deshalb schon...?



Vielleicht nicht gerade gutes, dafür aber gewissermassen originelles Timing von **Madeleine Landolt** bei

Ihrem Rücktritt von der SGA-Nationalratskandidatur – eine halbe Stunde nach erfolgtem Gruppenportrait für die Presse...



Eher schon schlechtes Timing dann beim Rücktritt von **Rosemarie Rossi** aus dem Kantonsrat (aus Wut über ihre Nicht-Nomination für die Nationalratswahlen). Der Rücktritt war datiert auf den 31. August. Der Nachfolger (die besser plazierte Frau auf der Chamer SP-Liste verzichtete) trat sein Amt also per 1. September an. Am 31. August aber war die Kantonsrats-sitzung zum Gleichstellungsbüro. Rossi liess sich trotz aller Bemühungen nicht dazu bringen, an ihrer letzten Sitzung teilzunehmen – notabene die wahrscheinlich wichtigste in ihrer ganzen Kantonsratszeit. Schmal ist der Grat zwischen Ehrgeiz und Engagement.



Dies trifft bestimmt nicht auf die FDP-Kantonsrätin **Andrea Hodel** zu. Vor zwei Jahren noch fleissiges und aktives Mitglied in der Gruppe Damenwahl (die ihr Logo nicht zuletzt Frau Hodel verdankt), profilierte sie sich im Kantonsrat mit ihrem Votum gegen das Gleichstellungsbüro (Zitat: «Staatliche Gewalt und Macht ist bei der Gleichstellungsfrage kontraproduktiv»).

Nein, bei Andrea Hodel gehen Ehrgeiz und Engagement Hand in Hand: Schliesslich ist sie die designierte Nachfolgerin von Iso Lenzlinger als Sekretär des Zuger Gewerbeverbandes.

Jawohl, das ist der Verband, welcher an vorderster Front bei der Exekution des Gleichstellungsbüros mitwirkte.



Nicht exekutiert, sondern nominiert wurde Immer-noch-Nationalrat **Stucky**: Am Nominationsparteitag der FDP gefragt, wieso er denn entgegen seiner Ankündigung vor vier Jahren jetzt doch wieder kandidiere,

meinte er, das sei nur, weil sein designierter Nachfolger (Thronfolger?) Rolf Schweiger nicht kandidiere. Peinlich für NR Stucky, dass Schweiger himself schon lange vor der Nominaton Stuckys dessen nochmalige Kandidatur als Grund für seinen eigenen Verzicht nannte...



Belagert fühlten sich offenbar viele bürgerliche Gleichstellungsbüro-Gegner angesichts der 130 ZugerInnen, welche die Kantonsratsdebatte zum Gleichstellungsbüro live mitverfolgen wollten. Wegen des zu erwartenden Aufmarsches und des kleinen Fassungsvermögens des Kantonsratssaales musste die Sitzung verlegt werden. Da köcherleten die Seelen der gedrückten Männer, doch Kantonsratspräsident **Baumgartner** (CVP, Unterägeri) bewies Mut und beharrte allen Anfeindungen und Druckversuchen zum Trotz auf der Verlegung.

Mut (Übermut?) bewiesen hatte auch RR Twerenbold, der auf die Frage, ob die Kantonsratssitzung nun tatsächlich in der Burgbachhalle stattfinde, bloss schnarrte, wegen der paar Weiber würde ja wohl die Sitzung sicher nicht verlegt werden. Und dann am Sitzungsmorgen prompt vor dem leeren Kantonsratssaal stand.



Nie vor einem leeren Bundeshaus stehen wird SP-Kantonsrat **Hanspeter Hausheer**, nachdem seine Bewerbung um die SP-Nationalratsnomination gescheitert ist. Im Bewerbungsverrennen erklärte sich Hausheer selber zum Frauenförderer – im politischen Alltag sieht es anders aus: Der Regierungsrat beantragte dem Kantonsrat für die Opferhilfe mehr Stellen. Die Staatswirtschaftskommission lehnte diesen Antrag mit 6:1 Stimmen ab. Die eine Stimme kam von der SGA-Vertreterin Sybilla Schmid – unter den sechs Neinstimmen war auch die von Frauenförderer Hanspeter Hausheer (die Dienstleistungen der Opferhilfe kommen vor allem Frauen zugute, die Opfer von Gewalttaten geworden sind).

Auf nach Bern

Am 5. September stellten sich sieben KandidatInnen der drei verbündeten Listen von SP, SGA des Kantons Zug/ Frische Brise Steinhausen/Kritisches Forum Cham und Alternative, Mut für Zug/Bunte Liste in einem Hearing der öffentlichen Diskussion (Beat Holdener war verhindert). Wir bringen keine Zusammenfassung, sondern bei allen KandidatInnen deren zwei wichtigste Anliegen im Nationalrat und ein längeres Zitat.

Sybilla Schmid: Die zwei wichtigsten Anliegen im Nationalrat: Gleichstellung und Sozialpolitik.



«Zwischen der 3. Welt und der 1. Welt ist der Unterschied in der Lebensqualität dermassen gross, dass dies fast nicht auszuhalten ist. Ich kann Leute nicht verstehen, die reisen gehen und dann nach Hause kommen und erzählen, was sie wo am allerbilligsten kaufen konnten. Wenn ich an den Rio-Gipfel zurückdenke: Wir wissen, dass die Welt einen Kollaps erleiden würde, wenn alle so lebten wie wir. Ich möchte den Spiess umdrehen. Wir haben zu lernen von der Dritten Welt: Welches Leben müssen wir führen, damit es für diesen Planeten verantwortlich ist.»

Jo Lang: Die zwei wichtigsten Anliegen im Nationalrat: Verteidigung der Volksrechte und Politisierung, d.h. Entökonomisierung der Europadiskussion.

«Die Linken haben ein zu instrumentelles Verhältnis zu den Volks-

rechten. Die Volksrechte sind moderner denn je. In einer Gesellschaft, die sich immer mehr individualisiert und pluralisiert, ist es nicht mehr möglich, Gemeinsamkeit über 'Urwerte' (z.B. Patriotismus) herzustellen. Aber es gibt Verfahren, die wir gemeinsam



erleben können: die direkte Beteiligung am politischen Leben, z.B. über Initiativen und Referenden. Das ist der eigentliche Wert der Volksrechte, nicht weil es uns Linken gelegentlich nützt. Wenn wir uns einlassen auf die Haltung, dass Volksrechte gut sind, wenn sie uns nützen, und schlecht, wenn sie uns schaden, dann machen wir mit an der Untergrabung der Volksrechte.»

Dani Brunner: Die zwei wichtigsten Anliegen im Nationalrat: Die beiden Komplexe Wohnen, Miete, Raumplanung sowie Umwelt, Energie, Verkehr, Luft, Landwirtschaft.

«Die Schweizer Aussenhandelspolitik spricht immer vom Freihandel. Bei der Landwirtschaft aber er-



schwert sie z.B. den Zugang von Kaffeepulver durch hohe Zölle, während Kaffeebohnen praktisch ohne Zoll sind. Auf der anderen Seite zerstört oder stört die Überschussverwertung in der Landwirtschaft oft die regionalen Märkte in der 3. Welt. Z.B. beim Fleisch, wo die lokalen Viehzüchter in Westafrika nicht mehr mit stabilen und vorhersehbaren Preisen rechnen können. Kaum verwunderlich, dass dann Kredite zur Stützung der Zahlungsbilanz dieser Länder nötig sind. Kredite, die nichts anderes als Exporthilfe für unsere Wirtschaft sind.»

Susanna Fassbind: Die zwei wichtigsten Anliegen im Nationalrat: Flexibilisierung des Rentenalters, Etablierung einer neuen Volkswirtschaftsrechnung.

«Die heutige Volkswirtschaftsrechnung, d.h. die Bestimmung des Bruttosozialprodukts, gibt ein völlig schiefes Bild sowohl der Dritten Welt wie auch der Industrienationen. Es ist eine vornehme Aufgabe eidgenössischer ParlamentarierInnen, an diesem Thema zu arbeiten. Es gibt nämlich keinen Widerspruch zwischen

Ökonomie und Ökologie, sondern es werden heute falsche Rechnungen aufgestellt – die Natur wird nicht quantifiziert und qualifiziert. Tun wir



dies, so entschärfen wir die Drittweltproblematik, d.h., wir können auch bei uns Veränderungen vornehmen, welche die Dritte Welt entlasten. Auch der informelle Sektor muss angerechnet werden, dann leisten auch Frauen und Männer Betreuungsarbeit, die als Arbeitszeit angerechnet wird.»

Elsbeth Müller: Die zwei wichtigsten Anliegen im Nationalrat: Gleichstellungspolitik und Europapolitik.



«Frauen sind verstärkt von der Armut betroffen, insbesondere Alleinerziehende und RentnerInnen. Das Angehen der Armut ist auch eine Frage der Umverteilung der Arbeit. Es ist die Frage, wie die Lebensbiographien der Frauen in bezug auf die Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit verändert werden können. Z.B. für Frauen, die den grössten Teil der unbezahlten Betreuungs- und Erziehungsarbeit leisten, die

aber bei einer Scheidung sehr schnell in die Armut abgleiten. Andere Lebensmuster – d.h. Teilzeitarbeit – müssten auch für Männer vermehrt ein Thema sein, damit Frauen nicht aus dem Beruf aussteigen müssen und nicht mit der Problematik des Wiedereinstiegs konfrontiert werden.»

Armin Jans: Die zwei wichtigsten Anliegen im Nationalrat: Europa (Öffnung zur EU), ökologischer Umbau der Wirtschaft.



«Es gibt einen Widerspruch zwischen der Vollbeschäftigung und dem Umweltschutz. Wir werden uns dieser schwierigen Frage in Zukunft stellen müssen: Können wir uns noch mehr Umweltschutz leisten, auch wenn es noch x-tausend mehr arbeitslose Personen gibt? Wir dürfen aber letztlich die ökologische Problematik nicht verstecken hinter kurzfristigen Beschäftigungsprogrammen. Die kurzfristigen Beschäftigungsprogramme müssen gut konzipiert sein, und der Umweltaspekt sollte hier einfließen, z.B. zugunsten des öffentlichen Verkehrs, alternativer Energien oder Haussanierungen,

um Ressourcen sparen zu können. Hier hat in den letzten Jahren ein Umdenken stattgefunden.»

Silvan Romer: Die zwei wichtigsten Anliegen im Nationalrat: Gleiche Rechte für Mann und Frau, Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.



«Die neue Armut ist stark tabuisiert. Viele empfinden es immer noch als eine Schande, arm zu sein. Sie haben oft grosse Hemmungen, Ergänzungsleistungen zur AHV einzufordern. Man muss sie ermuntern, motivieren, ihnen sagen, dass sie sich nicht zu schämen brauchen, dass es ihr Recht ist, diese Leistungen vom Staat zu verlangen, wenn sie diese nötig haben. Die Enttabuisierung wäre doch sehr wichtig. Mehr Selbstbewusstsein ist nötig, so dass man zur eigenen Armut stehen kann; häufig geht die Armut ja nicht auf eigenes Verschulden zurück. Auch die Arbeitslosigkeit trägt zur Armut bei. Heute müssen 250'000 Menschen von der Fürsorge leben, das sind 110'000 mehr als vier Jahre vorher.» □

Am Hearing wurden eher Gemeinsamkeiten demonstriert als unterschiedliche Ansichten herausgeschält. Erst am Schluss der Veranstaltung zeigten sich bei Fragen aus dem Publikum, die explizit an alle KandidatInnen gerichtet waren, deutliche Differenzierungen.

Die Frage nach einer aktiven parlamentarischen Unterstützung der umverkehrR-Initiative (Halbierung des motorisierten Verkehrs innert zehn Jahren) nach deren Einreichung brachte Unterschiede an den Tag. Armin Jans hat zwar kein Auto, sieht aber Probleme bei

deren Realisierung und legte sich nicht fest, Susanna Fassbind zweifelte am Weg, Dani Brunner würde sich dafür einsetzen und sammelt auch Unterschriften, Sybilla Schmid und Elsbeth Müller würden sich in Bern für die Initiative einsetzen, für Jo Lang wäre es einer seiner Schwerpunkte in Bern, und Silvan Romer konnte sich im Moment weder für ein Ja noch ein Nein aussprechen.

Spontanen Beifall erntete Osy Zimmermanns inoffizielles Schlusswort: »S' müend alli nach Bärn.»

Georg, Peter und die Versuchungen der Macht

Vor ziemlich genau vier Jahren philosophierte der wiederkandidierende FDP-Nationalrat Georg Stucky, «politische Macht als Versuchung oder als politisches System» sei schwierig zu bewältigen. Mit der Versuchung fertig geworden sei «eigentlich nur die freiheitliche, liberale Staatsdoktrin», welche die «Aufteilung der Macht und zahlreiche Kontrollen» kenne und «das letzte Wort immer dem Volk» überlasse (ZN 26.9.91).

Gisela Hürlimann

Im aktuellen Wahlherbst bietet sich den um vier Jahre gereiften StimmbürgerInnen die Gelegenheit, die Taten des immer noch nicht amtsmüden Stucky im Nationalrat an seinen Worten zu messen. Aber auch dem anderen bürgerlichen Bannerträger soll Gerechtigkeit widerfahren: CVP-Nationalrat Peter Hess schmückte sein Kandidatenportrait in den ZN vom 14.10.91 mit den Worten: «Solidarität soll vorangestellt werden, nicht der Individualismus und die schrankenlose Selbstverwirklichung.»

Nachfolgend eine kleine Zusammenstellung der nationalrätlichen (Un-)Taten unserer zwei bekanntesten bürgerlichen Nationalratskandidaten in drei Kapiteln (ohne Anspruch auf Vollständigkeit).

1. Staatsmacht vs. BürgerInnenrechte

Die Parlamentarische Untersuchungskommission der Vorkommnisse im EJPD (PUK), die in der Folge der Kopp-Affäre 1989 eingesetzt worden war, rügte auch die nationalrätliche Finanzdelegation für mangelndes Verantwortungsbewusstsein. Georg Stucky als Mitglied der Finanzdelegation konterte in der NZZ vom 13.7.91 mit einer scharfen Polemik gegen PUK 1 und 2. Stucky ergriff auch in der Debatte um ein Staatsschutzgesetz Partei zugunsten der Kontrolle durch den Staat und nicht für die Kontrolle des Staates

durch seine BürgerInnen, indem er gegen einen befristeten Staatsschutzartikel votierte, nachdem die FDP die Befristung selber eingebracht hatte (ZZ 11.3.92). Ein zweifelhaftes Demokratieverständnis bewies der FDP-Parlamentarier in der Revision des Natur- und Heimatschutzgesetzes. Zwar votierte er im November 93 gegen die vollständige Abschaffung des Verbandsbeschwerderechts, aber drei Monate zuvor hatte er in einem NZZ-Leitartikel die Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts befürwortet und die Argumente der Natur- und Heimatschutz-Organisationen polemisch demontiert (NZZ 30.8.93).

Weniger Demokratieverständnis gar als sein Zuger Kollege bewies Hess, als es um den gesetzlichen Tatbeweis nach der Annahme der Alpeninitiative ging: Stucky erinnerte sich an Verkehrsminister Ogis Versprechen im Abstimmungskampf, die N9 im Wallis könne mit der Alpeninitiative nicht gebaut werden – oder er wurde von der sich in dieser Frage als integer profilierenden Fraktionskollegin Spoerry daran erinnert – und stimmte im Gegensatz zu Hess für die Transitstrasse am Simplon und damit für ein Ausbauverbot der N9 (ZN 8.6.94).

Für seine erstaunliche Wissenslücke in der Geschichte der Neuesten Zeit möchte man dem Juristen Hess eine Salvador-Allende-Biographie schenken, nannte er doch den chilenischen Präsidenten Eduardo Frei den Repräsentanten «einer der ältesten Demokratien Lateinamerikas» (TA

18.3.95). Sage mir, welches politische System Du den anderen wünschst, und ich merke, wie ernst es Dir hieselbst mit Demokratie ist, kommt der Besucherin einer Burgbach-Soirée mit Gastgeber Georg Stucky und Gast Peter Sager in den Sinn: Für letzteren war das damalige «US-Engagement» in Vietnam Ergebnis einer verdankenswerten «wissenschaftlichen Analyse», und sein Lösungsvorschlag ans russische Volk lautete «eine moderate Militärdiktatur» (ZZ 4.11.94).

Sympathisch ist Stucky auch die Genfer Bürgerblockregierung, welche im vergangenen Herbst mit ihrer Spitalschliessung bei den GenferInnen aufrief. Sibyllinischer äusserte er sich über die an der Urne mit ihrer Steuererhöhung ebenfalls unterlegene Rot-Grün-Mitte-Regierung Berns: «Steuererhöhungen sind halt wie Spitalschliessungen alles andere als populär.» Vorbildlich sind für Stucky jedoch nicht Steuererhöhungen, sondern Spitalschliessungen.

Vorbild ist ihm eine bürgerliche Mehrheitsregierung, die er auch gerne im Bundesrat hätte: «Wenn wir auf Bundesebene die Zauberformel beseitigen, so bricht das verkrustete Strukturen auf (...) Das Land braucht Bewegung.» (TA 6.12.94) Fürwahr, doch die Bewegung, die Stucky meint, ist keine basisdemokratische: so gehört er zur parlamentarischen Mehrheit, welche die Rüstungshalbierungsinitiative für ungültig erklärt und damit dem Volksentscheid entzogen hat. Peter Hess ging es nicht um ein «problem-

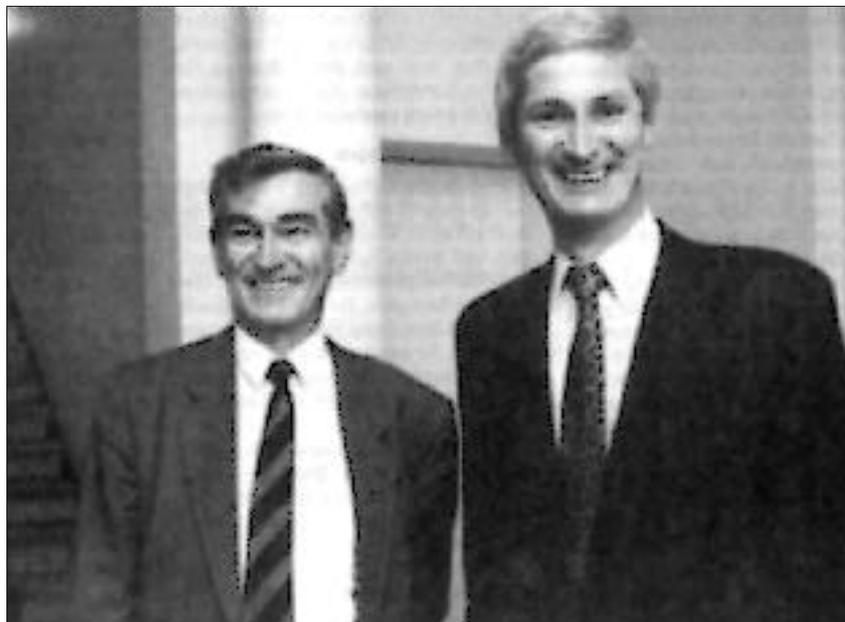
loses Abservieren der Initiative«, er hätte sich nämlich «dem Abstimmungskampf gern gestellt» (NZZ 21.6.95) – was ihn aber nicht daran hinderte, für die Ungültigerklärung zu stimmen...

Wir lernen: die Versuchung, Demokratie nach eigenem Machtkalkül zurechtzubiegen, ist schwierig zu bewältigen. Und: dass die Doktrin der Machterhaltung zahlreiche Kontrollmechanismen kennt und im Zweifelsfall das letzte Wort immer sich selbst vorbehält.

2. Umwelt-(Ohn)-Macht

In der Wahlbeurteilung der NationalratskandidatInnen durch die schweizerischen Umweltverbände gehören Peter Hess und Georg Stucky zu den Bremsern des Umweltschutzes: In 23 umweltrelevanten Geschäften deckt sich Hess' Abstimmungsverhalten zu 38% mit der Meinung der Umweltverbände, dasjenige von Stucky zu 30%. Keiner von beiden hat einen der 52 aufgeführten, erfolgreichen, ökologierelevanten parlamentarischen Vorstösse eingereicht. Via Komiteeeinsatz aktiv in den Abstimmungskampf eingegriffen hat Georg Stucky fünfmal ausschliesslich im umweltfeindlichen Sinn (gegen das bäuerliche Bodenrecht, gegen die Alpeninitiative, für die Revision des Luftfahrtgesetzes, für den Agrarartikel, für die Zwangssolidarität in der Landwirtschaft), während sich Peter Hess in insgesamt sechs Engagements zweimal für die Umwelt einsetzte (für das bäuerliche Bodenrecht und für die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe, aber gegen die Genschutzinitiative, die Alpeninitiative, für Luftfahrtgesetz, Agrarartikel und Solidaritätsabgabe).

Kritisch angefragt, wie sich seine Interessensbindung an die Erdölvereinbarung mit seiner Mitgliedschaft in der Kommission für Lufthygiene ver-



1995 wieder klar bestätigt?

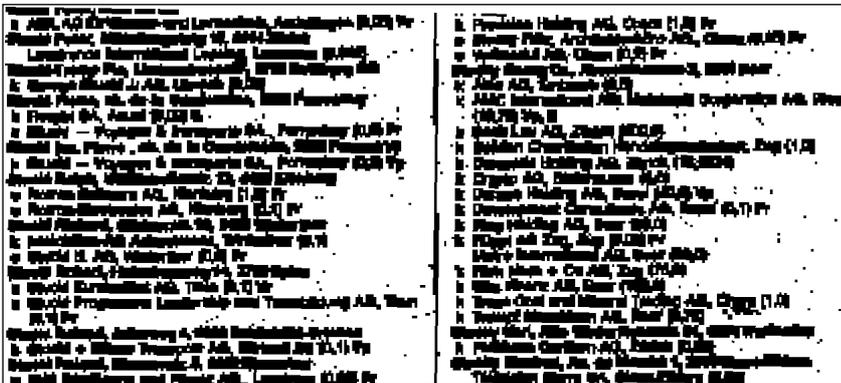
■ Bild ZN

trage, antwortete Stucky, er sei als Fachmann der Erdölwirtschaft in die Kommission gegangen, denn «damals ging es vor allem darum, den Schwefelgehalt im Heizöl zu reduzieren». Das sei ab und zu unangenehm gewesen, denn, so Stucky: «ich musste eigenen Leuten auf die Finger treten». (ZT 1.10.91). Tatsächlich ist Stucky aber denen auf die Finger getreten, die sich für Lenkungsabgaben auf Heizöl extraleicht (HEL) stark machten. Er bekämpfte die Lenkungsabgabe in der Kommission «mit allen Mitteln» (TA 15.6.95).

Sowohl Hess wie Stucky waren im Herbst 91 dagegen, den Transitverkehr mit der Neat grundsätzlich nur noch auf der Schiene zu transportieren. Stucky stimmte gegen die Verankerung des Verursacherprinzips im Umweltschutz in der Verfassung (März 92) und zusammen mit Peter Hess für zinsgünstige Darlehen für Flughäfen (Juni 92). Als Strassen- und Verkehrsfreund engagierte sich Stucky auch für eine Verbilligung der LKW-Steuer, während Hess dagegen votierte (März 93). Trotz Bundeskas-

senloch keiner Mittelkürzungen bedurfte seiner Ansicht nach der Autobahnbau (1.12.94), denn sparen wollte er ja in der vorgängigen Rats-sitzung an den Umweltprogrammen im 95er Budget (30.11.94). Immerhin waren Stucky wie Hess für die Verwendung von Treibstoffzöllen für den öffentlichen Verkehr.

Peter Hess schneidet etwas umweltfreundlicher ab: Er stimmte für Ausgleichszahlungen an Gemeinden, die auf Wasserkraftnutzung verzichten, während Stucky zu den bürgerlichen Deregulierern gehörte, die das Gewässerschutzgesetz demontieren wollten (Januar 95). Ebenso war Hess für die Deklarationspflicht für Tropenholz, wogegen Stucky seinem Verwaltungsratsmandat der mit Tropenholz handelnden Zuger Hiag AG treu blieb (September 94). Auch hatte sich der CVP-Nationalrat für die Internalisierung der Verkehrsunfallkosten ausgesprochen (Juni 94). Im Konflikt zwischen subventionsgestützter Landwirtschaft und Umweltschutz ergriff Hess jedoch Partei



...Davon kann selbst Georg Stucky nur träumen.

fürs bäuerliche Bodenrecht (er war vehementer Gegner der Stadt-Land-Initiative gewesen) und gab mindestens ein Lippenbekenntnis zur Besteuerung von baureifem Bauland ab. Wahlkampfstrategisch gut abgestimmt, wurde Hess im September

1991 gar noch zum Mitbegründer der «Finanzierungsgenossenschaft zur Förderung von Wohneigentum Cham» (ZT 4.9.91). Denn ämtchenscheu war der Rekordinhaber an Verwaltungsratsmandaten bekanntlich nie. So auch nicht im offi-

ziellen Register der Bundesversammlung, wo Peter Hess 1992 lediglich mit sieben von tatsächlich 52 Verwaltungsratsmandaten erschienen. Schummelei nannte die «Sonntagszeitung» das. Was sich auch insgesamt über die Politik des Nationalrats mit dem grossen C im Parteibuch sagen liesse: Kaum ertappt man ihn bei halbwegs sozial- und umweltverträglichem Politisieren, verdrückt er sich schon wieder in die nächstbeste Wirtschaftslobbyecke.

Mit Peter Hess und Georg Stucky verhält es sich daher wie mit «vom Regen in die Traufe»: Beide sind sie an Machtkonzentration in den Händen und Portemonnaies von Privilegierten mehr interessiert als an der Abgabe von Macht, Recht und Geld an Schwächere. Nur ist Stucky darin einen Zacken direkter. □

Nationalratswahlen: So funktioniert's

So viele Listen wie noch nie und drei statt nur zwei zu besetzende Sitze: die Ausgangslage bei den kommenden Nationalratswahlen ist spannend.

Jede Personenstimme ist eine Parteistimme

Auf diese einfache Formel lässt sich das Wahlsystem reduzieren. Eine eingeworfene Liste mit drei Namen enthält also gleichzeitig drei Parteistimmen! Das hat Folgen, denn die Sitzverteilung basiert auf den Parteistimmen.

Eine Stimme für Hotz = eine Stimme für Hess!

Wenn z.B. Frauen bei diesen Wahlen Frauen fördern möchten, stehen sie vor der unangenehmen Situation, bei einer Stimmabgabe z.B. für

Edith Hotz gleichzeitig indirekt den Bisherigen Peter Hess zu unterstützen, weil die Stimme für Edith Hotz eben auch eine Stimme für die CVP-Liste ist! Wenn also die CVP einen Nationalratssitz macht, geht dieser an die Person auf der Liste mit den meisten Stimmen; das wird mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit der bisherige Peter Hess sein und nicht Edith Hotz.

Es waren übrigens genau diese Überlegungen, welche bei freisinnigen Frauen ursprünglich dazu führten, dass sie niemanden portieren wollten, als bekannt wurde, dass Stucky nochmals kandidiert. Denn eine Frau auf dieser Liste ist zwangsläufig Wasserträgerin für den bisherigen Stucky. Susi Kuhns Kandidatur stiess deshalb bei einigen freisinnigen Frauen auf wenig Begeisterung.

Etwas anders ist die Situation auf der linksalternativmutigen Seite. Hier gibt es keinen Bisherigen, die Chancen sind besser verteilt. Zusätzlich spielt noch das Element der Listenverbindung. Bei der Sitzverteilung werden die Parteistimmen der drei verbundenen Listen zusammengezählt. Deshalb hängt der Gewinn des dritten Sitzes so sehr an dieser Dreier-Listenverbindung. Innerhalb der Listenverbindung erhält die Liste den Sitz, welche am meisten Parteistimmengewinn hat.

Wenn ich also will, dass der Sitz an die Alternative Liste geht, dann darf ich keiner Person der beiden anderen Listen eine persönliche Stimme geben, denn diese ist ja gleichzeitig Parteistimme.

Martin Stuber

Porsche, Mafia and TV

Ein schneller Porsche-Fahrer, der erste Geldwäschereifall in der Schweiz im Zusammenhang mit der «Russen-Mafia», ein Zischtigs-Club zum Gastgewerbe: keine ruhigen Sommerferien für Hanspeter Uster. Aber auch vor den Sommerferien war einiges los: z.B. die zweite Baarer Bürgergemeindeversammlung in diesem Jahr mit wiederum abgelehnten Einbürgerungsgesuchen, die Nationalratsnomination und die Abstimmung über die 10. AHV-Revision (gegen die Erhöhung des Frauenrentenalters).

Hanspeter Uster

Schnell-schneller-am schnellsten

Der breite Raum, den die 240-km/h-Fahrt eines Porsche auf der Zuger Autobahn in den Medien einnahm, zeigt, welche Emotionen in der freien (und möglichst schnellen Fahrt) für die angeblich so freien Bürger liegt. Dabei ist die Sache klar: Das Bundesgericht erachtet, ungeachtet der Strassenverhältnisse und des fahrerischen Könnens, eine Überschreitung der zulässigen Geschwindigkeit um mehr als 37 km/h als schwere Verkehrsgefährdung, die auch entsprechend geahndet werden muss, und zwar strafrechtlich wie auch mit einem Führerausweisentzug. Es darf nicht angehen, solch unverantwortliches Verhalten im Strassenverkehr zu verharmlosen. Denn immer noch sterben im Strassenverkehr fast 700 Menschen im Jahr, während die Zahl der übrigen Tötungsdelikte unter 100 liegt. Wer spricht da immer von Innerer Sicherheit und klammert den lebensgefährlichen Strassenverkehr aus?

Konkrete Massnahmen

Im Zusammenhang mit der Lärmbelästigung eines Teils von Steinhausen hatte der dortige Gemeinderat um Tempobeschränkungen auf der Autobahn ersucht. Weil gegen ähnliche Massnahmen im Kanton Luzern beim Bundesrat eine Beschwerde hängig war, wartete

meine Direktion mit einer Bearbeitung dieses Gesuches zu. Inzwischen ist die Begründung des Bundesratsentscheides eingetroffen; das Gesuch wird nun weiterbearbeitet. Keine Beschwerde ging gegen die Beschränkung auf 60 km/h im Bereich Chämleten/Langrüti ein. Ein Erfolg für die Verkehrssicherheit, aber auch ein (kleiner) Beitrag für die Luftreinhaltung und den Lärmschutz. Die Justiz- und Polizeidirektion wird ihre bisherige Politik in diesem Bereich weiterführen.

«Russen-Mafia» in Zug?

Die Überweisungsverfügung eines Geldwäschereifalles durch das Zuger Verhöramt fand zu Beginn der Sommerferien ein grosses Echo in den Medien. Der Fall ist der erste Geldwäschereifall im Zusammenhang mit der «Russen-Mafia» in der Schweiz überhaupt. Die Medien interessierte insbesondere auch, ob der Fall ein Einzelfall ist und die personelle Dotierung der zuständigen Behörden ausreichend ist. Beides ist, nach meinen Kenntnissen, zu verneinen. Deshalb sind weitere Schritte in die Wege zu leiten; der Finanz- und Handelsplatz Zug darf nicht zum Einfallstor für die Ost-Mafia werden. Hier gilt es Zeichen zu setzen – und verwaltungsintern die entsprechenden Massnahmen zu treffen. So haben Fremdenpolizei und Kantonspolizei ein Verfahren entwickelt, mit dem Visa-Gesuche aus dem Osten so geprüft werden können, dass wirkliche Geschäftsleute ein Visum bekommen, Geldwäscher aber

nicht. Auch der Handels- und Dienstleistungsverband (HDV) ist sich der Lage bewusst. Er will Kriminelle ausdrücklich fernhalten und in seinem Bereich ebenfalls geeignete Massnahmen. Zudem plant er eine Tagung, wo aus der Sicht der Justiz, der Polizei und des HDV über die Thematik informiert wird. In Kürze soll auch die Interpellation von Josef Lang betreffend Massnahmen gegen die Ost-Mafia beantwortet werden; sie wird wichtig sein für eine breite Orientierung über die tatsächliche Situation, aber auch für die Prüfung weiterer Massnahmen.

Zwangsmassnahmen: wenig Wirkung

Eine WoZ-Umfrage im August 1995 hat gezeigt, dass die Zwangsmassnahmen nicht die versprochene Wirkung entfaltet haben; insbesondere sind gesamtschweizerisch ein grosser Teil der Inhaftierten keine Drogendealer im Umfeld der Drogenszene. Genau mit dieser Argumentation wurden aber die Zwangsmassnahmen im letzten Winter durchgeboxt. Im Kanton Zug werden die Zwangsmassnahmen zurückhaltend angewendet. Nur wirklich begründete Fälle kommen in Ausschaffungshaft.

Immer wichtiger: Bekämpfung der Fremdenfeindlichkeit

Es ist zu befürchten, dass die vor der Abstimmung geschürten Erwartungen in die Zwangsmassnahmen die Fremdenfeindlichkeit nicht ver-

mindert, sondern erhöht haben. Ganz generell hat sich das Klima verschlechtert; es ist, hört man sich um in der Bevölkerung, eine beträchtliche Aggressivität zu spüren. Ihr nachzugeben ist das Falscheste, was man tun kann. Auf die NA-Initiative, die die Zahl der Ausländer/innen auf 18% beschränken will, mit dem Vorschlag, 20% seien richtig, zu reagieren, wie das die CVP tut, ist nicht nur unchristlich, sondern genau das Gegenteil einer wirksamen Bekämpfung der Fremdenfeindlichkeit.

Die SP-Nationalrätin Angéline Fankhauser hat an der Veranstaltung «Schweiz und die Welt», die die Frische Brise Steinhausen und die SGA am 4. September organisiert haben, anhand von Beispielen klar gezeigt, dass nicht die Zahl der AusländerInnen für die Fremdenfeindlichkeit verantwortlich ist, sondern der Umgang mit ihnen. Entscheidend ist die Frage der sozialen Kontakte und der Integrationsmöglichkeiten.

Baarer Einbürgerungen – immerhin Trend gebrochen

Die SGA Baar/Baarer Alternative hat, nach der fatalen Ablehnung aller Einbürgerungsgesuche von Menschen aus der Türkei und aus Ex-Jugoslawien im Februar, grosse Anstrengungen auf die Bürgergemeindeversammlung vom Juni unternommen. So trafen wir uns mehrmals mit Einbürgerungswilligen und organisierten Begegnungsmöglichkeiten, u.a. mit einem Stand am Baarer-Märt vor der Rathaus-Schür. Auch wenn wieder einige Gesuche abgelehnt worden sind (was besonders hart ist, wenn man die betroffenen Menschen kennt): Immerhin gelang es, so stark zu mobilisieren, dass den Einbürgerungsgegnern eine fast gleich grosse Zahl von offenen und

nicht fremdenfeindlichen Bürgerinnen und Bürgern entgegentrat. Angesichts der in allen Fällen knappen Abstimmungsergebnisse wird aber auch künftig viel zu tun bleiben.

Eine neue Erfahrung



Viel zu tun werde ich in den nächsten Jahren aber auch zu Hause haben: David ist auf die Welt gekommen. Er wird unser Leben und vor allem auch mein Politikerleben verändern, das weiss ich heute schon, am Tag, wo David und Kathrin aus dem Spital nach Hause gekommen sind (zur Beruhigung: ich schreibe diesen Text (noch) nicht um 3 Uhr morgens, weil ich nicht mehr schlafen kann...).

Der neue Lebensabschnitt ist aber auch Anlass darüber nachzudenken, wie ein Regierungsratsamt

gestaltet sein muss, dass Kathrin nicht zur alleinerziehenden Mutter wird.

Alternative für den Nationalrat

Gut angelaufen ist, nach dem harzigen Start mit der verschobenen Nominationsversammlung, die Nationalratswahl-Kampagne von SGA, Frischer Brise Steinhausen, Kritischem Forum Cham und Alternativen. Unser Wahlkampf steht unter dem Thema «Solidarität schafft Sicherheit». Unser Ziel ist es, das Bewusstsein zu schaffen, dass in einer Zeit der Fremdenfeindlichkeit und der sozialen Unsicherheit nur echte Solidarität die anstehenden Probleme lösen kann – nach innen wie nach aussen, z.B. gegenüber der Dritten Welt. Und nur eine solidarische Schweiz kann auch eine gegenüber Europa und der Uno offene Schweiz sein.

An der Pressekonferenz vom 7. September waren nicht nur die Kandidatin und die beiden Kandidaten sowie alle unterstützenden Organisationen vertreten; vertreten waren auch Anne Ithen, Kantonsrätin des Gleis 3 Rotkreuz, Irene Bilang, Gemeinderätin des Forums Oberägeri, und Marianne Röllin aus Menzingen (Freie Wähler).

Eine Woche zuvor hatte die SP ihren früheren Entscheid, mit Susanne Fassbind keine Listenverbindung einzugehen, revidiert. Nun sind alle links-grün-alternativen Kräfte gebündelt, und Sybilla Schmid, Dani Brunner und Josef Lang sind so profiliert und bekannt, dass unsere Liste den Sitz wirklich machen kann – wenn wir uns alle in den nächsten Wochen anstrengen. Vergessen wir nicht: auch im Herbst 1990 machten wir das Unmögliche wahr und eroberten einen Regierungsratssitz. □

Abspecken, aber wie?

Der «neue» Stadtrat ist da gelandet, wo die SGA schon 1987 hin wollte: Neugestaltung des Seeufers nur mit bescheidenen Hochbauten, Verzicht auf die teuren Wohnungen im «Bürgerasyl» mitten im neuen Park. Nun braucht es konkrete Vorlagen, die in einer neuen Volksabstimmung 1996 bestehen können.

Dani Brunner

1987 wollte der Stadtrat für Anlagen am See im Hinblick auf die CH 91 zehn Millionen Franken investieren. Die SGA warnte schon damals vor Kostensteigerungen, blieb mit ihrer Kritik aber allein (vgl. SGA-Bulletin 1/1987 ff.). In der Folge stiegen die geschätzten Kosten zuerst auf 14 Mio., dann mit einem ersten wuchtigen Hafengebäude auf 23 Mio. Franken. Im September 1990 hiessen die StimmbürgerInnen sogar einen Kredit von 35,3 Millionen Franken (ohne «Bürgerasyl») gut. Würde die Seeuferplanung so verwirklicht, müsste die Stadt beim heutigen Kostenstand 43 Millionen Franken bezahlen!

Der Stadtrat will nun neben den

bisherigen Ausgaben für Planung und Bau (rund 13 Millionen) nur noch sechs bis sieben Millionen ausgeben. Damit wären über 20 Millionen Franken gespart. Die wichtigsten Brocken sind das 100 Meter lange, weit in den See hinausragende Hafengebäude mit Restaurant (17 Mio.) und dem dazugehörigen Trockendock für die Schiffe der Schifffahrtsgesellschaft SGZ (4 Mio.). Beim bisher geplanten Hafengebäude könnte höchstens ein Viertel der Baukosten durch Mieterträge verzinst werden, während vom Trockendock nicht einmal die SGZ begeistert ist. Fertigzustellen wäre dagegen die Promenade bzw. der Seeuferweg bis zur «Öschwiese» vor dem Strandbad am Chamer Fussweg. Statt des riesigen Hafengebäudes soll ein pavillonartiger Bau, voraussichtlich mit be-

scheidenem Restaurant, verwirklicht werden.

Unzufriedene Wassersportvereine

Die Bekanntgabe der neuen Planungsvorgaben durch den Stadtrat hat in der Öffentlichkeit ein vorwiegend positives Echo ausgelöst. Die Wassersportvereine sind über diese Entwicklung weniger erfreut. Im alten Projekt hatten sie je einen eigenen, exklusiv nutzbaren Raum. Es wird ihnen jedoch nichts anderes übrigbleiben, als enger zusammenzurücken und Räume und Infrastrukturen gemeinsam zu nutzen. Nach dem Konzept der vom Stadtrat eingesetzten Arbeitsgruppe sollen diese teils im «Bürgerasyl», teils im Pavillon am Hafen untergebracht werden.

Klare SGA-Anliegen

Nach der Annahme der Seeuferplanung (1991) konnten wir zusammen mit der «Interessengemeinschaft Siehbach» wenigstens einen kleinen Erfolg verbuchen: Das «Männerbad» wurde nicht total verändert; die Sichtschutzwand wurde wieder erstellt. Über die neuen Vorschläge des Stadtrats ist die SGA selbstverständlich hocheifrig. Ein riesiges Hafengebäude, so argumentierten wir schon 1989, wäre nicht nur finanziell überrissen, sondern auch landschaftlich wenig erfreulich, würde doch die Sicht nach Cham auf Dauer zubetoniert. Auch das Argument, dass ins «Bürgerasyl» keine oder wenigstens nicht nur Wohnungen gehören, findet endlich Gehör. Den Kleinboothafen haben wir seinerzeit klar abgelehnt;

Welche Zukunft für die Jugendbeiz?

db. Auf Ende 1997 ist der Beschluss des Grossen Gemeinderats für die Jugendbeiz «Chaotikum» befristet. Schon im nächsten Winter muss der Stadtrat mit dem Verein Zuger Jugendtreffpunkte (VJZ) Gespräche über die Zukunft, d.h. den Standort und die dauernde Einrichtung der Jugendbeiz führen: Für viele passt die Jugendbeiz nicht in die gestylte Seeufergestaltung. Die jetzige Baracke hat von der Bausubstanz her kein allzu langes Leben vor sich, es würde sich also höchstens eine Verlängerung des Provisoriums um einige

Jahre anbieten. Der VJZ würde sich zu Recht heftig sträuben, wenn der Jugendbeiz ein schlechter neuer Standort angeboten würde. Weil das «Bürgerasyl» für ein ausgewachsenes Restaurant wenig geeignet ist, steht auch die Idee eines Umbaus der in nicht allzu ferner Zukunft «überflüssigen» Schützenmatt-Turnhalle zur Diskussion. Eine bisher noch wenig geliebte Möglichkeit wäre ein Neubau im Stil des 1991 geplanten, aber vom Volk abgelehnten ovalen «Vereinshauses» (siehe Plan: 10) direkt neben der jetzigen Jugendbeiz.

Kostenanteile der Seeuferabschnitte

Behauptete Kosten 1989

(Volksabstimmung 1990)

Gesamtgestaltung, Wege, Plätze, Promenade, Zufahrten	8,4 Mio.
Hafengebäude mit Seerestaurant	13,1 Mio.
Siehbachmündung (Männerbad)	1,6 Mio.
Hafenplatz und Umgebung	5,6 Mio.
Fischer- und Jollenhafen	3,0 Mio.
Anlagen für die Schifffahrt SGZ	4,0 Mio.
Total	35,7 Mio.

Effektive Seeuferkosten

(Schätzung vom September 1994)

Gesamtgestaltung	1,9 Mio.
1 Hafengebäude	16,9 Mio.
2 Hafenplatzgestaltung	7,1 Mio.
3 Trockendock Schifffahrt SGZ	4,0 Mio.
4 Kleinboothafen	2,3 Mio.
5 Seeuferweg bis Strandbad	0,8 Mio.
6 Promenade	5,5 Mio.
7 Siehbachmündung	1,9 Mio.
8 Stationierung Schifffahrt SGZ	1,9 Mio.
Total	42,7 Mio.

Bereits verbaut sind rund 13 Millionen Franken (Promenade mit Kreisweg und Brücke, Ufer vor Schützenmatt, Siehbachmündung / Männerbad, Wiese vor Bürgerasyl und Jugendbeiz, Teil des Hafenplatzes). Das grösste Sparpotential liegt klar bei Hafengebäude, Trockendock und Kleinboothafen).

Die **fettgedruckten** Einzelposten werden nun vom Stadtrat überprüft.

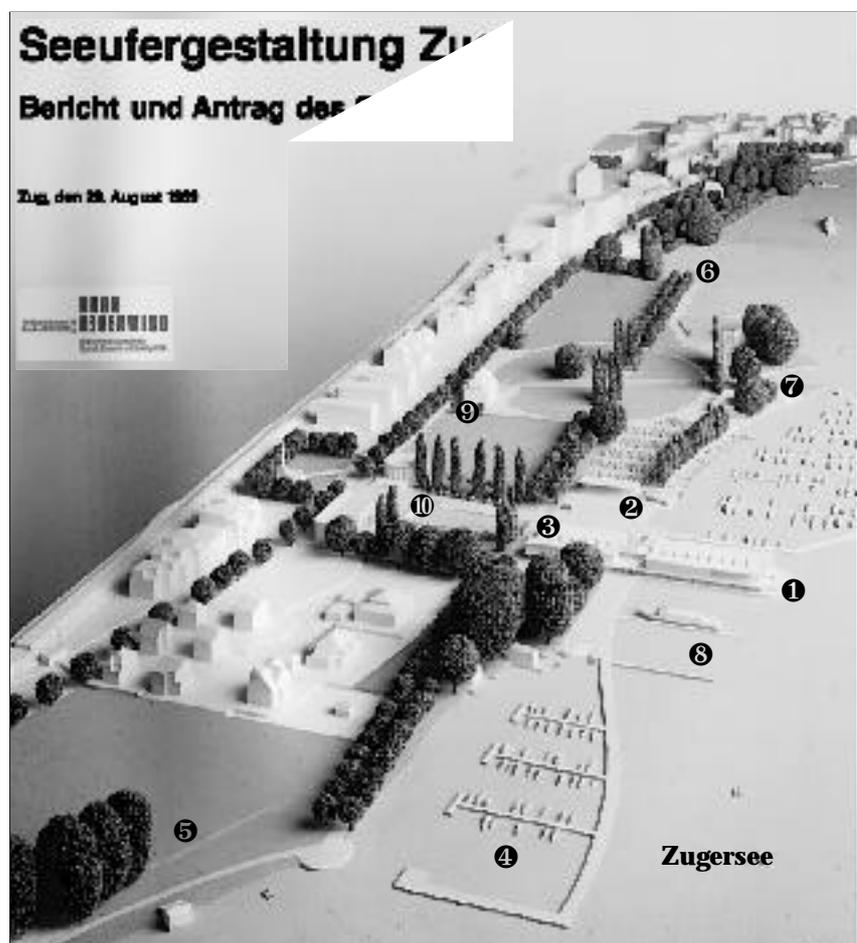
Mit einem **separaten** Kredit wurde 1991 über die **Wohnbauten Chamerstrasse 45 und «Bürgerasyl» abgestimmt:**

9 «Bürgerasyl»	3,3 Mio.
10 Chamerstr. 45	4,2 Mio.
Total	7,5 Mio.

Die Wohnungen an der Chamerstrasse 45 sind bezogen, während im «Bürgerasyl» noch keine Handwerker wirkten.

daran dürfte die nun vorgesehene private Finanzierung kaum etwas ändern.

Zur Knacknuss der neuen Planung könnte das «Bürgerasyl» werden: Im Gegensatz zu Wohnungen bringt eine andere Nutzung praktisch keine Nettoerträge. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass das «Bürgerasyl» nicht nur dem Yachtclub und andern Wassersportvereinen, sondern einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung steht. Ein grösseres Restaurant – ob für eine Kultur- oder Jugendbeiz oder gar für eine gehobene Küche – kommt aus baulichen Gründen leider kaum in Frage. Eine Nutzung als Mütter-Kinder-Haus liesse den Sportvereinen keinen Raum, womit wieder ein (zu) grosses Gebäude am Hafen gefragt wäre. Allerdings sind die Wassersportvereine im Winter kaum aktiv, und auch sommers haben sie nicht dauernd Veranstaltungen. Deshalb soll im Hochparterre oder im 1. Obergeschoss ein grösserer Saal entstehen, der ähnlich wie die «Altstadthalle» an Private und Vereine vermietet werden kann. Die Verwaltung hätte direkt durch die Liegenschaftsabteilung der Stadt zu erfolgen, wobei die Wassersportvereine bei Reservationen die Priorität hätten. □



veranstaltungen

september

Mi 20. **Frauenstadtrundgang Zug: «Von Lehrgeld und Himmelslohn», Frauenarbeit in Zug 1880–1930.**

Landsgemeindeplatz Zug, 18.30h. Dauer: ca.2 Std.

Billet-Vorverkauf: Buchhandlung Tschudi.

Mi 20. **SGA.-MV: Initiativen «Energie statt Arbeit besteuern» und «flexibles Rentenalter».**

Konferenzzimmer Casino Zug, 20.00h.

Fr 22. **NR-Podium. Mit Dani Brunner. Themen: Innere & äussere Sicherheit, EU.**

Lorzensaal Cham, 20.00h.

Fr 22. **Studiokino Burgbachkeller: «Er nannte sich Surava» mit Erich Schmid.**

Burgbachkeller Zug, 20.30h.

Sa 23. **«Wir sind Blocher müde!» Kundgebung für eine offene und tolerante Schweiz.**

Platzspitzpark, Zürich, 13.30h.

(direkt beim Hauptbahnhof hinter dem Landesmuseum)

So 24. **Frauenstadtrundgang Zug: «Von Lehrgeld und Himmelslohn», Frauenarbeit in Zug 1880–1930.**

Landsgemeindeplatz Zug, 18.30h. Dauer: ca.2 Std.

Billet-Vorverkauf: Buchhandlung Tschudi.

Mi 27. **NR-Podium. Mit Josef Lang. Themen: Landwirtschaft, EU.**

Saal Dorfmat, Rotkreuz, 20.00h.

Do 28. **ZALT: Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Heidi Hofmann (SAH) informiert.**

Freizeitanlage Loreto, Zug, 14.00h - ca. 16.00h.

Sa 30. **«Gleichstellung» Samstagsmatinée mit V. Diener, Margrit von Felten und S. Schmid.**

Gemeindesaal Baar, Restaurant Foyer Süd, Apéro 10.00h, Beginn 11.00h.

oktober

So 1. **Ausflug der Zuger Alternativen zur Moorlandschaft Unterägeri.**

Unterägeri «Zimmel», 10.00h.

Feuerstellen bei den «Panzersperren», ca. 12.00h.

Mi 4. **SGA des Kantons Zug: Monatsversammlung**

20.00h, Ort siehe Tagespresse

Mi 4. **NR-Podium. Mit Sybilla Schmid. Themen: EU, Wirtschaftsstandort und Arbeitslosigkeit.**

Restaurant Löwen, Zug, 20.00h.

Fr 6. **«Die Schweizermacher».**

Kino Lux, Baar, 22.30h.

Mi 11. **NR-Podium: Mit Sybilla Schmid. Themen: Sozialpolitik.**

Seminarhotel, Unterägeri, 20.00h.

Do 12. **SGA-Stadt Zug: «Nichts Neues», Polit-Pantomime von und mit Christoph Staerke.**

Burgbachkeller Zug, 19.00h (mit Apéro).

Billet-Vorverkauf: Madeleine Landolt, Tel. 23 22 46.

Mi 18. **Jazz-Brunch: Konzert.**

Altstadthalle Zug, 19.30h.

20.-22. **Jazz-Brunch: «Jazztage»**

Siehe Lokalpresse.

So 22. **Nationalratswahlen: Wahlhöck.**

Ort und Zeit siehe Tagespresse.

AZB 6300 Zug 1

Adressänderungen und Rechnen an SGA, Postfach 829, 6301 Zug

Abobeitrag für 1995

Wer in dieser Nummer einen Einzahlungsschein vorfindet, hat seinen/ihren Abobeitrag für das Jahr 95 noch nicht bezahlt!

In diesem Fall gibt es nur eines: möglichst bald einbezahlen.

Zur Erinnerung: Das Bulletin entsteht in 100% Gratisarbeit und wird ausschliesslich aus Abobeiträgen und Spenden finanziert – und kommt als Besonderheit ganz ohne Werbung aus.

Die Redaktion